



VERHANDLUNGSVERFAHREN MIT TEILNAHMEWETTBEWERB

„E-AKTE“

FÜR DAS

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Teilnahmeunterlagen

(Formblätter für den Teilnahmeantrag)



Auftraggeber:

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung des Landes
Nordrhein-Westfalen
Hubertusstraße 9
40219 Düsseldorf

An alle Bewerber im Verfahren:

**Verhandlungsverfahren mit
vorherigem europaweiten
Teilnahmewettbewerb nach
§ 17 VgV**

Teilnahmefrist:

02.11.2026, 13:00 Uhr

Teilnahmeanträge einzureichen:

Elektronisch via E-Vergabe



HINWEISE:

Die nachfolgenden Formblätter sollen den am Verfahren interessierten Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften das Einreichen eines Teilnahmeantrages sowie dem Auftraggeber die Auswertung der Teilnahmeanträge erleichtern.

Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften sollen diese Formblätter nutzen. Werden vom Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften nicht die vorgegebenen Vordrucke verwendet, muss er selbst sicherstellen, dass die vorgelegten Nachweise alle Anforderungen der Bekanntmachung erfüllen.

Die Formblätter für den Teilnahmeantrag sind **im Einklang mit den Hinweisen in der Bekanntmachung** vollständig auszufüllen. Der Text der Formblätter darf nicht abgeändert werden. Die Überschreitung des in einem Formblatt vorgegebenen Platzes für einen Eintrag stellt keine unzulässige Änderung des Formblattes dar.

Sollte der in den Formblättern vorgesehene Platz nicht ausreichen, kann das jeweilige Formblatt kopiert und mehrfach verwendet werden.

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich elektronisch über die Vergabe-Plattform einzureichen. Schriftliche Teilnahmeanträge oder Teilnahmeanträge, die auf anderem Weg elektronisch übermittelt werden (Telefax, E-Mail) sind nicht zugelassen.

Auf die Rügepflicht nach § 160 GWB wird hingewiesen.



Formblatt A
Teilnahmeerklärung

Name des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft: _____

Ich beziehe/wir beziehen uns auf die Bekanntmachung des Vergabeverfahrens „**E-Akte**“ im EU-Amtsblatt vom [_____] und beantrage/n hiermit die Teilnahme am Verhandlungsverfahren.

Als deutschsprachigen Ansprechpartner für dieses Vergabeverfahren benenne ich / benennen wir:

Name: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Die nachfolgenden Formblätter habe ich/haben wir auf Grundlage der Vorgaben der Bekanntmachung wahrheitsgemäß und vollständig ausgefüllt. Ich/Wir sind uns bewusst, dass eine wesentlich falsche Erklärung zu meinem/zu unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren führt.

Ort, Datum

Name der natürlichen Person, die
die Erklärung für den Bewerber / die
Bewerbungsgemeinschaft abgibt



Formblatt B
Unternehmensdarstellung

Hinweis: Dieses Formblatt ist vom Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bewerbers/ Mitglied der Bewerbergemeinschaft	
Rechtsform	
Straße	
PLZ / Ort	
Sitz	
Telefon	
E-Mail:	
Eintragung Handelsregister Berufsregister im /	☐ Amtsgericht . Nr. ☐ Nicht zur Eintragung verpflichtet
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer (USt-ID)	
Name und Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten im Sinne von § 3 GwG	
Staatsangehörigkeit des wirtschaftlich Berechtigten im Sinne von § 3 GwG	



Formblatt C Bewerbergemeinschaftserklärung

Name der Bewerbergemeinschaft: _____

Wir erklären, dass wir uns im Falle der Auftragserteilung zu einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen:

Wir benennen: _____

als bevollmächtigten Vertreter unserer Bewerbergemeinschaft für dieses Vergabeverfahren.

Wir bestätigen, dass der bevollmächtigte Vertreter im vorliegenden Vergabeverfahren alleinvertretungsberechtigt ist. Er ist insbesondere befugt, geschäftliche und / oder gesetzliche Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben sowie für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft Zahlungen anzunehmen.

Wir erklären außerdem, dass durch die Bildung unserer Bewerbergemeinschaft keine unzulässige Einschränkung des Wettbewerbs im Sinne von § 1 GWB bezweckt oder bewirkt wird, insbesondere sind zwischen den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen und die Gründung der Bewerbergemeinschaft beruht auf zweckmäßigen und kaufmännischen Gründen.

Hinweis an die Bewerber:

Eine Einschränkung des Wettbewerbs liegt insbesondere nicht vor, wenn die beteiligten Unternehmen jedes für sich aufgrund ihrer betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse objektiv nicht leistungsfähig genug wären, um an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot teilzunehmen, also erst der Zusammenschluss zu einer Bewerbergemeinschaft sie in eine Lage versetzt, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Die Leistungsfähigkeit aufgrund betrieblicher oder geschäftlicher Verhältnisse kann sich insbesondere aus mangelnden Kapazitäten, fehlender technischer Einrichtung und/oder fehlenden fachlichen Kenntnissen ergeben. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise nachzufordern, die belegen, dass die Kooperation als Ganzes sowie die Teilnahme einzelner Unternehmen an der Kooperation zulässig ist und insbesondere keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprache getroffen wurde.



Formblatt C
Bewerbergemeinschaftserklärung

Mitglied Nr. 1

(Ort, Datum)

(Angabe einer
vertretungsberechtigten
natürlichen Person)

Mitglied Nr. 2

(Ort, Datum)

(Angabe einer
vertretungsberechtigten
natürlichen Person)

Mitglied Nr. 3

(Ort, Datum)

(Angabe einer
vertretungsberechtigten
natürlichen Person)

Mitglied Nr. 4

(Ort, Datum)

(Angabe einer
vertretungsberechtigten
natürlichen Person)



Formblatt D
Eigenerklärung zu §§ 123 und 124 GWB

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

1. Angaben zu §§ 123, 124 GWB

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

1.1 Angaben zu § 123 GWB

☐ **Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 123 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, vorliegen:**

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zuzurechnen ist, wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig verurteilt und dass gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig festgesetzt worden ist:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89 c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen öffentliche Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen öffentliche Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).



Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Absatz 2 GWB).

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Absatz 3 GWB).

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für jede Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, unverzüglich einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers beibringen.

Ich/Wir erkläre(n) zudem hiermit, dass

- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und keine anderslautende rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung getroffen wurde (§ 123 Absatz 4 Ziffer 1 GWB).

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir unverzüglich eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers ausgestellte Bescheinigung beibringen.

Wird eine Urkunde oder Bescheinigung von dem Herkunftsland nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle vorgesehenen Fälle erwähnt, so kann sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In den Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, darf die Versicherung an Eides statt durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dafür qualifizierten Berufsorganisation des Herkunftslands abgibt.

1.2 Angaben zu § 124 GWB



Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 124 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen können, vorliegen:

Ich/Wir erkläre(n) weiter, dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren weder beantragt noch eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich mein/unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens infrage gestellt wird (Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unterneh-



mens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.),

- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- kein früherer öffentlicher Auftrag meines/unseres Unternehmens vorzeitig beendet wurde, zu Schadenersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- mein/unser Unternehmen in Bezug auf die Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- mein/unser Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte und
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände näher beschrieben sind. Die getroffenen Selbstreinigungsmaßnahmen können in dieser gesonderten Anlage beschrieben werden.

1.3 Erklärung zu Voraussetzungen eines Ausschlusses vom Vergabeverfahren nach § 19 MiLoG:

☐ Ich/Wir erkläre(n) nach § 19 Abs. 3 in Verbindung mit Absatz 1 MiLoG, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden bin/sind.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände des Verstoßes und der Wiederherstellung der Zuverlässigkeit beschrieben sind.

1.4 Angaben zu Einträgen im Wettbewerbsregister:

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass keine Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass folgende Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen:



Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister oder eine gleichwertige Urkunde einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslands vorlegen.

1.5 Erklärung zu Voraussetzungen eines Ausschlusses vom Vergabeverfahren § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG):

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir innerhalb der letzten drei Jahre nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden bin/sind.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann/können, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände des Verstoßes und der Wiederherstellung der Zuverlässigkeit beschrieben und insbesondere Nachweise von Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB enthalten sind.

2. Erklärung zur Abwesenheit von Interessenkollisionen bei Auftragsausführung:

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir keine Interessen haben, die mit der Ausführung des Auftrags in Widerspruch stehen und sie nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV).

Sofern ich/wir diese Erklärung nicht oder nicht uneingeschränkt oder nicht eindeutig bejahend abgeben kann/können, füge(n) ich/wir der Bewerbung eine erläuternde Eigenerklärung bei.

3. Angaben zur Erklärung in Bezug auf die Eignung:

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung abgebe(n) oder diese Auskünfte nicht unberechtigt nicht erteile(n).

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, nach denen der öffentliche Auftraggeber Bewerber in den dort genannten Fällen ausschließen kann, unberührt bleiben. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß den vorgenannten Vorschriften der öffentliche Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € für den Bewerber, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anfordert.



Formblatt E
Eigenerklärung zu Russland

Hinweis: Dieses Formblatt ist vom Bewerber und im Fall einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

- ☐ Der / die **Bewerber/gemeinschaft** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.**

- ☐ Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfallen, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

- ☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, welche



zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

Ort, Datum

Name der natürlichen Person, welche die
Erklärung abgibt

Artikel 5 k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.



Formblatt F

Eigenerklärung über Berufshaftpflichtversicherung

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Hiermit erklären wir,

- ☐ dass für unser Unternehmen eine Berufshaftpflichtversicherung mit nachfolgender Mindest-Deckungssumme besteht:
 - mindestens EUR 10,0 Mio. pro Schadensfall für Personenschäden,
 - mindestens EUR 3,0 Mio pro Schadensfall für Sach- und Vermögensschäden.

- ☐ dass wir im Auftragsfall vor Leistungsbeginn eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung abschließen werden, die den vorstehenden Anforderungen genügt, und dem Auftraggeber die Deckung vor Leistungsbeginn durch Vorlage einer Bestätigung des Versicherungsgebers oder eine Kopie der Versicherungspolice nachweisen werden.



Formblatt G
Umsätze

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Eigenerklärung zu den Gesamtumsätzen

Jahr	Gesamtumsatz des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft in Euro	Falls zutreffend: Gesamtumsatz der Bewerbergemeinschaft in Euro
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		



Formblatt G
Umsätze

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Eigenerklärung zu den Umsätzen mit vergleichbaren Leistungen (Verwaltungsdigitalisierung)

Jahr	Umsatz des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft in Euro	Falls zutreffend: Umsatz der Bewerbergemeinschaft in Euro
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vor- liegt)		



Formblatt H Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Hinweis: Für jede Referenz ist das Formblatt gesondert auszufüllen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Bewertung der Referenzen als Ganzes betrachtet.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Vom Bewerber sind geeignete Referenzen, die in den letzten 3 Jahren (maßgeblich ist das Enddatum) erfolgreich abgeschlossen wurden oder bei denen das Auftragsverhältnis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung mehr als ein Jahr besteht und die Umsetzung noch andauert. Die genannten Referenzen müssen in Art und Umfang mit den hier ausgedescribten Leistungen (Verwaltungsdigitalisierung) vergleichbar sein.

Die Referenzen sollen möglichst folgende Angaben enthalten:

Auftraggeber (inkl. Kontaktdaten eines Ansprechpartners), Leistungsumfang, Erbringungszeitraum, Auftragssumme.

Mit den Referenzen sollen die Bewerber insbesondere in den folgenden Bereichen Erfahrung nachweisen:

- Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung;
- Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E-Laufmappe);
- Migration von Daten aus anderen DMS-Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma Ceyoniq Technology GmbH;
- Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung;
- Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat;
- Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems;



- Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos.

Bei den vorgenannten Kriterien handelt es sich um keine Mindestanforderungen. Der Auftraggeber wird die Referenzen gemäß Ziffer 2.1.4 der Bekanntmachung im Rahmen des Rankings berücksichtigen.

Sofern erforderlich, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird der Auftraggeber auch einschlägige Referenzen berücksichtigen, die mehr als 3 Jahre zurückliegen.

Die Bewerber werden gebeten, für jede Referenz die folgende Tabelle auszufüllen:



Referenz 1

Name der Referenz (Auftraggeber und Auftrag)	
Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen (Leistungsumfang)	
Erbringungszeitraum (von wann bis wann)	
Auftragssumme	
Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung	
Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E- Laufmappe)	
Migration von Daten aus anderen DMS- Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma CeyonIQ Technology GmbH	
Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung	
Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat	



Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems	
Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos	



Referenz 2

Name der Referenz (Auftraggeber und Auftrag)	
Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen (Leistungsumfang)	
Erbringungszeitraum (von wann bis wann)	
Auftragssumme	
Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung	
Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E- Laufmappe)	
Migration von Daten aus anderen DMS- Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma CeyonIQ Technology GmbH	
Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung	
Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat	



Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems	
Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos	



Referenz 3

Name der Referenz (Auftraggeber und Auftrag)	
Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen (Leistungsumfang)	
Erbringungszeitraum (von wann bis wann)	
Auftragssumme	
Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung	
Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E- Laufmappe)	
Migration von Daten aus anderen DMS- Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma CeyonIQ Technology GmbH	
Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung	
Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat	



Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems	
Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos	



Referenz 4

Name der Referenz (Auftraggeber und Auftrag)	
Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen (Leistungsumfang)	
Erbringungszeitraum (von wann bis wann)	
Auftragssumme	
Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung	
Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E- Laufmappe)	
Migration von Daten aus anderen DMS- Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma Ceyoniq Technology GmbH	
Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung	
Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat	



Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems	
Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos	



Referenz 5

Name der Referenz (Auftraggeber und Auftrag)	
Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen (Leistungsumfang)	
Erbringungszeitraum (von wann bis wann)	
Auftragssumme	
Einführung und Betreuung eines E-Akte-Systems in der öffentlichen Verwaltung	
Anbindung eines E-Akte-Systems an Fachverfahren und Workflow-Systeme (E- Laufmappe)	
Migration von Daten aus anderen DMS- Systemen, insbesondere mit dem Produkt nscale der Firma CeyonIQ Technology GmbH	
Bereitstellung eines hochverfügbaren Software-Systems (Verfügbarkeit von mind. 99,9 % bezogen auf ein Kalenderjahr) für die öffentliche Verwaltung	
Bereitstellung eines Software-Systems, das eine parallele Nutzung von 20.000 Anwendenden oder höher auf einer oder mehreren Instanzen ermöglicht hat	



Durchführung eines Change Management-Projektes zur Einführung und Nutzung eines E-Akte-Systems	
Durchführung von barrierefreien Software-Schulungen, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Produktion und des Einsatzes von E-Learning-Modulen und Lernvideos	



Formblatt I
Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Jahr	Anzahl der Arbeitskräfte des Bewerbers / des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft	Falls zutreffend: Anzahl der Arbeitskräfte der Bewerbergemeinschaft
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		

Jahr	Anzahl der Beschäftigten im Tätigkeitsfeld Verwaltungsdigitalisierung	Falls zutreffend: Anzahl der Beschäftigten im Tätigkeitsfeld Verwaltungsdigitalisierung der Bewerbergemeinschaft
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		



Jahr	Anzahl der Beschäftigten im Bereich Softwareentwicklung des Tätigkeitsfelds Verwaltungsdigitalisierung	Falls zutreffend: Anzahl der Beschäftigten im Bereich Softwareentwicklung des Tätigkeitsfelds Verwaltungsdigitalisierung
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		



Formblatt J
Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Mit dem Teilnahmeantrag sind vom Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorzulegen:

- ☐ Nachweis einer Zertifizierung der relevanten Prozesse nach ISO 27001 oder gleichwertig;
- ☐ Nachweis einer Zertifizierung durch den TÜV, ISTQB oder gleichwertig, dass der Bewerber Erfahrungen mit Penetrationstests und der Behebung von Sicherheitsschwachstellen besitzt;
- ☐ Nachweis einer Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 oder gleichwertig.



Formblatt K
Personalqualifikation

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bewerber und im Falle einer Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Hiermit bestätigen wir,

- ☐ dass unser Unternehmen über mindestens 5 Arbeitskräfte aus dem Tätigkeitsfeld der Verwaltungsdigitalisierung mit einer gültigen Sicherheitsüberprüfung (mindestens SÜ2) verfügt.



Formblatt L
Eigenerklärung über den Nachunternehmereinsatz

Name des Bewerbers /

Bewerbergemeinschaftsmitglieds:

Ich / wir werde/n die nachfolgenden Teilleistungen des ausgeschriebenen Auftrags im nachstehenden Umfang durch Nachunternehmer (NU) ausführen lassen:

NU	Beschreibung der Teilleistung	Name des Nachunternehmers
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		

Auf Verlangen des Auftraggebers muss der / die Bewerber / Bewerbergemeinschaft die vorgesehenen Nachunternehmer namentlich benennen und geeignete Unterlagen zum Nachweis der Eignung der Nachunternehmer einreichen. Weiterhin hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft auf Verlangen des Auftraggebers durch eine Verpflichtungserklärung der vorgesehenen Nachunternehmer nachzuweisen, dass ihm / ihr diese im Auftragsfall tatsächlich zur Verfügung stehen.



Formblatt M
Angaben zur Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Name des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft:

**Name des benannten Drittunternehmens
(eignungsverleihendes Unternehmen):**

Ich berufe mich / wir berufen uns in Bezug auf unsere

- ☐ **wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
- ☐ **technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

auf die Kapazitäten des oben benannten Drittunternehmens. **Ich / wir bestätigen**, dass das benannte Drittunternehmen die mir / uns fehlende Leistungsfähigkeit mitbringt und mir / uns seine Kapazitäten im Fall der Auftragserteilung an mich / uns tatsächlich zur Verfügung stellen wird. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Drittunternehmens sowie Eignungsnachweise für das Drittunternehmen **habe ich / haben wir beigelegt**.

Mir / uns ist bekannt, dass

- ☐ der Auftraggeber prüfen wird, ob das benannte Drittunternehmen die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt,
- ☐ ich / wir ein benanntes Drittunternehmen, das die entsprechenden Eignungskriterien nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, ersetzen muss / müssen.



Formblatt N

Verpflichtungserklärung des Drittunternehmens im Falle der Eignungsleihe

Name des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft:

**Name des benannten Drittunternehmens
(unterzeichnendes Unternehmen):**

- ☐ **Hiermit verpflichte ich mich / verpflichten wir uns** im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft, diesem / dieser die Kapazitäten und Mittel zur Verfügung zu stellen, die für die Erfüllung des Auftrags erforderlich sind.

- ☐ Im Fall der Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Hiermit erkläre ich / erklären wir, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe mit diesem / dieser gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

- ☐ Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

Ich/wir gehöre(n) nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen.

- ☐ Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:



Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle der §§ 123, 124 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, vorliegen.

Ort, Datum und Angabe der natürlichen Person, die mit Vertretungsbefugnis des Drittunternehmens (nicht des Bieters) diese Erklärung ausgefüllt hat: